

Schweiz

Bern im Ausnahmezustand

Beim Empfang von François Hollande in der Berner Innenstadt herrschten hohe Sicherheitsvorschriften. Der französische Präsident zeigte sich aber erstaunlich volksnah.

Raphaela Birrer
Bern

Eine fiebrige Spannung liegt in der Luft. Schon eine halbe Stunde vor dem Eintreffen des hohen Gastes drängen sich die Menschen um den abgesperrten Berner Münsterplatz. Den französischen Präsidenten aus nächster Nähe sehen – diese Gelegenheit ergibt sich schliesslich nicht alle Tage. Rentnerinnen, Schüler, Herren in Anzügen, junge Mütter, asiatische Touristen: Alle wollen sie einen Blick auf François Hollande werfen. Und so stehen die Wartenden dicht an dicht, während die Militärkapelle für die musikalische Dramaturgie sorgt.

Die ganze Berner Innenstadt ist im Ausnahmezustand. So weit das Auge reicht, bevölkern Polizisten die engen Gassen zwischen Bundes- und Rathausplatz. Anwohner wurden zuvor brieflich angewiesen, aus Sicherheitsgründen Fenster, Balkontüren und Dachluken geschlossen zu halten. Die Strassen sind für den Verkehr gesperrt, Busse und Trams haben den Betrieb eingeschränkt. Auch die Anspannung der Sicherheitskräfte ist spürbar; eine ungewöhnliche Situation. Kommt hinzu, dass die tödlichen Terroranschläge in Paris, von wo der hohe Besuch angereist ist, erst drei Monate zurückliegen.

Eine symbolträchtige Taube

Und dann wird es plötzlich andächtig ruhig auf dem sakralen Schauplatz. Die Militärkapelle ist verstummt, die vielen Stimmen flüstern. Die von der Polizei eskortierte Wagenkolonne fährt vor. Die Menge reckt die Köpfe, Handys werden in die Höhe gestreckt, die Temperatur unter den Lauben steigt. Symbolträchtig fliegt just in dem Moment eine Taube quer über den Münsterplatz – keine weisse zwar, aber doch ein Zeichen dafür, dass nach den fiskalpolitischen Streitereien wieder diplomatisches Tauwetter herrscht zwischen der Schweiz und Frankreich.

Die nun folgende feierliche Zeremonie entlohnt die Schaulustigen für ihre Wartezeit: Die Militärkapelle spielt die französische und die Schweizer Nationalhymne. François Hollande und seine Delegation steigen aus den Wagen und werden auf dem roten Teppich vom Gesamtbundesrat begrüsst. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga schreitet mit dem französischen Präsidenten die Ehrengarde ab. Für einen Soldaten in der Formation ist dies indes zu viel der Aufregung: In der brütenden Sonne



Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und François Hollande schreiten die Ehrengarde ab. Foto: Thomas Hodel (Keystone)

kippt er um. Ein Kamerad kümmert sich sofort um den Mann, dem es später wieder besser geht. Schon heute wird er wieder bei einer anderen Ehrenformation für den französischen Präsidenten teilnehmen können.

Trotz des strengen Zeremoniells: Es ist ein überaus volksnaher Auftritt der

Spitzenpolitiker beider Länder. Staatsempfang finden üblicherweise auf dem Bundesplatz statt und werden danach im Bundeshaus fortgesetzt. Wegen Bauarbeiten wurde Hollandes Besuch um ein paar Strassen auf den Münsterplatz verlagert. Für den zweiten Teil des Empfangs – die offiziellen Ansprachen – spa-

zieren Simonetta Sommaruga und François Hollande darum winkend durch die Berner Altstadt, ehe sie im Rathaus verschwinden.

«Sieht gut aus, der François»

Das kommt gut an in der Bevölkerung. «Jetzt konnte ich dem François quasi die Hand schütteln – wenn ich das schon bei Berlusconi nie konnte», witzelt ein älterer Zuschauer. Und eine Frau mittleren Alters raunt ihrer Kollegin zu: «Er sieht ja so gut aus, der François!»

Ja, der François. Das Publikum bevorzugt es offenbar, den französischen Präsidenten freundschaftlich beim Vornamen zu nennen. Ohnehin: Die Bernerinnen und Berner scheinen Hollande sehr wohlgesinnt zu sein. Keine abfälligen Äusserungen sind zu hören, keine Zwischentöne, Respekt allenthalben. Ob die Stimmung auch auf der politischen Ebene so gut bleiben wird, zeigt sich – abseits des Publikums – bei den offiziellen Gesprächen der beiden Länderdelegationen.

Dichtes Programm Besuch bei Unternehmen in Zürich und Lausanne

Der französische Präsident François Hollande absolviert während seines zweitägigen Staatsbesuchs in der Schweiz ein dichtes Programm. Nach dem Empfang in der Berner Innenstadt führten die beiden Länderdelegationen offizielle Gespräche. Auf der Schweizer Seite nahmen neben Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga auch die Bundesräte Johann Schneider-Ammann, Didier Burkhalter, Doris Leuthard und Eveline Widmer-Schlumpf teil. Hollande wurde von Finanzminister Michel Sapin, Umweltministerin Ségolène Royal sowie Bildungsministerin

Najat Vallaud-Belkacem begleitet. Am Abend fand ein Galadinner statt. Heute wird Hollande gemeinsam mit Sommaruga Bildungsinstitutionen und Unternehmen in der Region Zürich und in Lausanne besuchen.

Eines der meistdiskutierten Themen des Staatsbesuchs wird die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sein. Darauf bezog sich Hollande bei seiner Ansprache: Die Schweiz teile die europäischen Werte und Projekte – aber auf unabhängige Art und Weise, sagte er. Und: «Ich akzeptiere diese Wahl.» (rbi)

Wer im Kanton Zug genug Geld hat, muss nicht in den Deutschkurs

Um gute ausländische Steuerzahler zu behalten, will die Zuger Regierung ihnen die Niederlassung gewähren – selbst wenn sie nicht Deutsch sprechen.

Michael Soukup

Spätestens seit vor einigen Jahren im Hochglanzmagazin «Zug: Expat Guide» auf Englisch behördliche Ratschläge erteilt wurden, wie Neuzuzüger ihre Luxusboote und Jets einführen oder Steuern sparen können, geniesst der Kanton Zug bei bestimmten Ausländern einen guten Ruf. Diesem Image wird nun eine von der Zuger Regierung beantragte Ausnahmeregelung für Personen gerecht, «denen zur Wahrung wichtiger öffentlicher Interessen eine Aufenthaltsbewilligung» erteilt wurde: Sehr gute Steuerzahler aus Drittstaaten sollen auch dann eine Niederlassungsbewilligung erhalten, wenn keine Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache auf dem geforderten Niveau besteht.

Auf Behördendeutsch formuliert, geht es um die Änderung des Zuger Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz betreffend Nachweis von Deutschkenntnissen für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung.

Das Bundesgesetz sieht grundsätzlich Deutschkenntnisse als Voraussetzung für die Erteilung einer Niederlassungsbewilligung vor. Davon ausgenommen sind EU- und Efta-Bürger sowie Staatsangehörige aus Drittstaaten mit unverhältnismässigem sprachlichem Unvermögen (beispielsweise Analphabeten). Expats aus Südafrika, russische Pauschalbesteuerter oder anerkannte Flüchtlinge müssen aber ein bestimmtes Deutschniveau vorweisen, damit sie nach zehn Jahren Aufenthalt die Niederlassung gewährt bekommen.

Die Bilanz der Zuger Regierung zur am 1. Mai 2013 in Kraft getretenen Bestimmung ist durchgezogen. So habe man zwar bei den Ausländern aus Drittstaaten eine «deutliche Tendenz zur Zunahme von Deutschkursen und Goethe-Attest-Prüfungen» verzeichnet. Und die seit dem 1. Februar 2014 auch für Flüchtlinge geltende Regelung sei «sinnvoll, um einen möglichst frühen Anreiz zum Erlernen der hiesigen Sprache» zu schaffen. Doch in einigen Fällen sei man «auf erhebliches Unverständnis» gestossen, wie der Regierungsrat weiter feststellt. Dies würde zu «vielen Reklamationen und Rückfragen und damit einem unverhältnismässig grossen Aufwand beim Vollzug» führen.

Dabei handelt es sich um Ausländer, denen die Aufenthaltsbewilligung ausnahmsweise «wegen wichtiger öffentlicher Interessen, in der Regel wegen er-

heblicher kantonaler fiskalischer Interessen» erteilt wurde. Stefan Gisler, Fraktionschef der Grün-Alternativen, umschreibt die Gruppe etwas unverblümt: «Deutsch und deutlich: Es handelt sich um Steuerflüchtlinge, Pauschalbesteuerte oder Topmanager aus Drittstaaten, die sich hier nach zehn Jahren nicht integriert und keine Landessprache erlernt haben.»

Wie Beat Villiger, Zuger Sicherheitsdirektor und CVP-Regierungsrat, dem TA sagt, sind diese Ausnahmeregelungen notwendig, denn «die generelle finanzielle Situation des Kantons erlaubt es nicht, auf bedeutende fiskalische Erträge zu verzichten». Es würde sich zudem um einen sehr kleinen Kreis von Personen – Villiger spricht von «null bis zwei Fällen» jährlich – handeln.

SVP für Ausnahmeregelung

Bis Ende März nahmen die Zuger Parteien im Rahmen der Vernehmlassung Stellung dazu. Die SVP befürwortet die beantragte Gesetzesänderung, die FDP äusserte sich nicht. Die CVP ist gemäss Beat Villiger noch gespalten. Deshalb liest sich die Vernehmlassungsantwort etwas kryptisch: So fragt die CVP, ob eine eigene kantonale Regelung nötig und überhaupt möglich sei. Gegebenenfalls stelle sich zudem auch die Frage einer klaren bundesrechtlichen Lösung. Erst nach Klärung dieser Fragen wolle man sich auch inhaltlich mit der Vorlage

auseinandersetzen, präzisiert der Zuger CVP-Kantonsrat Kurt Balmer.

Klar dagegen ist hingegen die Zuger Linke. «Eine Anpassung der Verordnung über Niederlassungsbewilligungen bezüglich Einkommen und Vermögen ruft eine Zweiklassengesellschaft hervor beziehungsweise verstärkt die bereits vorherrschende Diskriminierung im Kanton Zug zugunsten von Personen mit höheren Einkommen und grösserer Steuerkraft», so die Zuger SP-Präsidentin Barbara Gysel. «Ich bin mir ja vieles gewohnt in der Zuger Politik. Aber wie unverhohlen die Regierung hier vor dem Geld buckelt, ist nur noch peinlich», schreibt Stefan Gisler in der Vernehmlassungsantwort.

Sollte die Ausnahmeregelung vom Kantonsrat im Juli abgelehnt werden, fürchtet die Zuger Regierung, dass die besagten Ausländer in andere Kantone abwandern würden. Als Beispiele werden Schwyz und Luzern erwähnt. Darüber wundert man sich in Luzern. Zwar stimme es, dass es keine entsprechende gesetzliche Regelung gebe. «Wir haben aber eine langjährige Praxis, die feststellt, dass für die erwachsenen Personen, die eine Niederlassungsbewilligung beantragen, eine elementare Sprachverwendung verlangt wird», sagt Alexander Lieb, Leiter des Luzerner Amts für Migration, auf Anfrage. Es gebe also keinen Grund, beispielsweise bei Pauschalbesteuerten davon abzuweichen.

Rechnung mit Überschuss

Der Bundesrat hat am Mittwoch die konsolidierte Rechnung für das Jahr 2014 genehmigt. Diese schliesst mit einem Überschuss von 1,3 Milliarden Franken, 300 Millionen mehr als im Vorjahr.

Über die Staatsrechnung hatte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf im Februar informiert. Es resultierte ein Defizit. Die konsolidierte Rechnung berücksichtigt neben der zentralen Bundesverwaltung und Sonderrechnungen wie jener des Infrastrukturfonds die dezentralen Einheiten der Bundesverwaltung mit eigener Rechnung. Darunter sind die Finanzmarktaufsicht Finma oder das Heilmittelinstitut Swissmedic.

Die finanzielle Lage in den zentralen und dezentralen Einheiten des Bundes sei nach wie vor gut, schreibt das Finanzdepartement (EFD) in einer Mitteilung. Zum Überschuss trug das operative Ergebnis mit 1,9 Milliarden und das Ergebnis aus namhaften Beteiligungen mit 1,7 Milliarden Franken bei. (SDA)

Nachrichten

Gesundheit

Ärztmangel: Kantone werden nicht in die Pflicht genommen

Die Gesundheitskommission des Nationalrats hält nichts von einer parlamentarischen Initiative, die mehr Ausbildungsplätze in der Humanmedizin fordert. Sie gab dem Vorstoss von Margrit Kessler (GLP, SG) mit 13 zu 8 Stimmen keine Folge. Kessler wollte die Kantone verpflichten, so viele Ärztinnen und Ärzte auszubilden, wie in der Schweiz langfristig benötigt werden. (SDA)

Schaffhausen

Abstimmung über Struktur des Kantons im nächsten Jahr

Voraussichtlich im Frühjahr 2016 können die Schaffhauser Stimmberechtigten über eine Strukturreform des Kantons entscheiden. Zur Wahl stehen zwei Varianten: «wenige leistungsfähige Gemeinden» oder «Aufhebung der Gemeinden – eine kantonale Verwaltung». Der Regierungsrat hat dazu eine Ergänzungsvorlage erarbeitet. (SDA)

Handelsregister

Eingetragene Personen müssen identifizierbar sein

Der Bundesrat will das Handelsregister modernisieren. Er hat am Mittwoch eine entsprechende Botschaft zuhanden des Parlaments verabschiedet. Künftig sollen im Handelsregister eingetragene Personen eindeutig identifizierbar sein. Personendaten werden heute dezentral in den kantonalen Handelsregisterdatenbanken erfasst, nach unterschiedlichen Vorgaben. Damit sind Personen gesamtschweizerisch nicht eindeutig zu identifizieren. (SDA)

Basel

Produktionsstandort für Filme wird gefördert

Der Kanton Basel-Stadt verdreifacht seine Filmförderungsbeiträge von 300 000 auf 900 000 Franken im Jahr. Das Parlament hat am Mittwoch diese Summe für den gemeinsamen Fachausschuss Audiovision und Multimedia der beiden Basel für die Jahre 2015 bis 2018 mit einem neuen Fördermodell beschlossen. Das neue, wettbewerbsorientierte Fördermodell soll die Region Basel als Produktionsstandort von Filmen stärken. (SDA)

Internet

Synlab muss Veröffentlichung von Patientendaten erklären

Nachdem vertrauliche Patientendaten frei im Internet auftauchten, hat der Eidgenössische Datenschutzbeauftragte Hanspeter Thür vom betroffenen Unternehmen Synlab Erklärungen verlangt. Er will vor allem wissen, ob die Probleme fortbestehen und wie sich dieser Vorfall ereignen konnte. Die Veröffentlichung der vertraulichen Patientendaten war letzte Woche von der welschen Tageszeitung «Le Matin» aufgedeckt worden. Unter den einsehbar gemachten Daten befanden sich medizinische Analysen, darunter auch die Resultate von HIV-Tests. (SDA)